



Von Oliver Hinz (KNA) Kiew 27.1.2014

Die ukrainische Regierung trägt nach Meinung des griechisch-katholischen Weihbischofs in Kiew, Bogdan Dziurach (46), die Hauptverantwortung für die schwere Krise des Landes. Der Generalsekretär der Bischofssynode der mit Rom verbundenen Kirche warf ihr am Donnerstag im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) vor, "demokratiefeindliche Gesetze" in Kraft gesetzt zu haben und mit Spezialeinheiten gegen Demonstranten vorzugehen:

KNA: Herr Bischof, Regierung und Opposition machen sich gegenseitig dafür verantwortlich, dass bei den Protesten mehrere Regierungsgegner ums Leben kamen. Auf welcher Seite steht die griechisch-katholische Kirche?

Dziurach: Unsere Kirche steht eindeutig auf der Seite des Volkes. Gleichzeitig haben wir uns mehrfach gegen jede Form der Gewalt ausgesprochen sowie zum Dialog zwischen allen Seiten aufgerufen. Die jüngsten Ereignisse haben leider gezeigt, dass die Regierung keine friedliche Lösung sucht. Sie hat stattdessen einen hinterlistigen Plan gegen das eigene Volk ausgearbeitet und durchgesetzt. Die vom Parlament beschlossenen Gesetze, die gegen die Demonstranten gerichtet sind, haben die Lage noch schärfer gemacht. Deshalb ist für die dramatische Zuspitzung der Proteste nach Meinung der meisten Experten vor allem die Regierung verantwortlich.

Seit über zwei Monaten haben Hunderttausende Menschen ganz friedlich ihre Ablehnung der jüngsten Politik der Herrschenden in der Ukraine zum Ausdruck gebracht. In jedem demokratischen Land würde das Anlass für eine breite Diskussion und die Suche nach einem Konsens sein. Hier in der Ukraine ist das aber nicht der Fall. Der Präsident ignoriert bis heute völlig die Stimme der Protestierenden. Er hat in den vergangenen Tagen gegen sie sogar Spezialeinheiten und Gruppen organisierter Kriminelle, sogenannte Tituschki, geschickt. Es gibt bereits fünf Tote und zahlreiche Verletzte. Das Land ist zur Geisel der unverantwortlichen Politik der Regierung geworden. Diese Situation besorgt uns sehr und führt uns dazu, unsere Gebete noch zu intensivieren.

KNA: Als erste und bisher einzige kirchliche Institution forderte Mitte Dezember die Ukrainische Katholische Universität Lviv den Rücktritt der Regierung. Trauen Sie Janukowitsch die Lösung der jetzigen politischen Krise zu?

Dziurach: Die Lösung muss im Rahmen der Gesetze sein. Das Problem aber besteht darin, dass das Parlament demokratiefeindliche Gesetze verabschiedet hat. Der Präsident hat sie sofort unterschrieben. Diese Gesetze begrenzen auf drastische Weise die Rechte der Bevölkerung auf friedliche Proteste und sehen die strafrechtliche Verfolgung der Teilnehmer vor. Die ersten beiden Schritte zur Lösung der Krise müssen Gewaltverzicht aller Seiten und eine Rücknahme des Gesetzespakets sein.

KNA: Die Religionsgemeinschaften haben in einer gemeinsamen Erklärung ihre Hilfe zur Einleitung eines konstruktiven Dialogs zwischen Regierung und Opposition angeboten. Wie könnte dieser Beitrag der Kirchen aussehen?

Dziurach: Es gab auf die Initiative des ehemaligen Präsidenten Leonid Krawtschuk bereits einen Runden Tisch, an dem Vertreter der Kirchen, Regierung und Opposition teilnahmen. Die kirchlichen Teilnehmer haben aber festgestellt, dass es eher ein Gespräch des Stummen mit dem Tauben war und kein echter Dialog, um eine friedliche Lösung zu finden. Jeder der Anwesenden hat eigene Positionen geäußert. Es wurden aber keine konkreten Schritte vereinbart, um das schlimmste Szenario zu vermeiden. Nun sollte ein echter und kein simulierter Dialog stattfinden. Wir hoffen, dass die Teilnahme hoher Kirchenvertreter dem Aufbau von Vertrauen zwischen allen Seiten dient und auf diese Weise eine friedliche Lösung erleichtert wird.

Die bisherige Erfahrung hat uns gezeigt, dass die Kirchen bis zu den vergangenen Tagen wesentlich zum friedlichen Verlauf der Proteste beigetragen haben, was sogar die Regierung anerkennen musste.

KNA: Geistliche haben sich mehrfach zwischen Streitkräfte und Demonstranten gestellt und versucht, die Anwendung von Gewalt abzuwenden. Hat die Kirchenleitung die Priester dazu ermuntert?

Dziurach: In der jetzigen Situation kann man keine Person dazu zwingen oder aufrufen, sich zwischen die Fronten zu stellen und damit selbst zu gefährden. Es gibt aber Momente, in denen man der Stimme des eigenen Gewissens folgen und nicht auf die Befehle von oben warten muss. Geistliche sollen den eigenen Gläubigen in jeder Situation beistehen. Jeder muss für sich selbst entscheiden, wie er diese Nähe zu den bedrohten Menschen und konkrete Solidarität mit ihnen zum Ausdruck bringt. Uns bewegen die Worte von Papst Franziskus, dass der Hirte nach den eigenen Schafen riechen muss.



*Interview mit Lemberger Dozent  
Dr. Andriy Mykhaleyko zur Lage in der Ukraine.  
Dr. Andriy Mykhaleyko lehrt an der Ukrainischen  
Katholischen Universität in Lemberg  
Kirchengeschichte  
Interview: Christoph Niekamp (POW)  
Pressestelle Bischöfliches Ordinariat Würzburg  
Veröffentlicht am 15.01.2014*

# „Die Ukraine versteht sich unmissverständlich als Teil Europas“

**Würzburg/Eichstätt/Lemberg** (POW) Hunderttausende Menschen demonstrieren seit Ende 2013 gegen die pro-russische Politik von Präsident Viktor Janukowitsch in der Ukraine. Sie fordern mehr Rechte und eine Annäherung an die EU. Dr. Andriy Mykhaleyko beobachtet die Proteste in seiner Heimat ganz genau. Mykhaleyko lehrt Kirchengeschichte an der Ukrainischen Katholischen Universität im westukrainischen Lemberg (Lviv). Derzeit habilitiert der griechisch-katholische Priester an der Katholischen Universität Eichstätt/Ingolstadt. Im Interview mit POW schätzt er die derzeitige Lage ein und erklärt, welche Rolle die Kirchen bei den pro-westlichen Demonstrationen in der Ukraine spielen.

**POW:** *Die deutschen Medien zeigen die Demonstrationen in der Hauptstadt Kiew. Wie schätzen Sie die aktuelle politische Lage in der Ukraine ein?*

**Dr. Andriy Mykhaleyko:** Man kann die gegenwärtige politische Situation in der Ukraine sehr unterschiedlich betrachten: Pessimisten stellen fest, dass die Proteste eigentlich nichts gebracht hätten. Es wurde keine Annäherung an die EU erreicht. Darüber hinaus hat die ukrainische Regierung ungeachtet der andauernden Demonstrationen einige Dokumente mit Russland unterschrieben, die die Ukraine noch stärker an Russland binden und vom großen Nachbar abhängiger machen. Die gegenwärtige Regierung ignoriert die Forderungen der Protestierenden völlig und hat anscheinend nicht vor, in absehbarer Zeit die Frage des Assoziierungsabkommens mit der EU aufzugreifen. Zugleich gestaltet sich aber gerade in diesen Protestwochen die ukrainische Zivilgesellschaft neu. Vergleicht man die gegenwärtigen Proteste mit der „Orangen Revolution“ 2004, die sich gegen die massiven Wahlfälschungen richtete, kann man schon jetzt eine deutliche Akzentverschiebung erkennen. Während die Menschen damals eher auf eine bestimmte Gruppe von Oppositionspolitikern mit dem späteren Präsidenten Viktor Juschtschenko (2005-2010) an der Spitze setzten, protestieren sie heute vor allem für ihre Rechte, Freiheiten und Menschenwürde und nicht zuletzt für die Idee einer europäischen Ukraine.

**POW:** *Woran machen Sie das fest?*

**Mykhaleyko:** Ganz besonders in den ersten Tagen der Proteste war die Tendenz bemerkbar, dass viele Demonstrationen sich mit keiner der oppositionellen Parteien identifizieren wollten. Das beweist, wie sehr die Menschen von diesen in den Jahren nach 2004 enttäuscht waren. Parteiunabhängige Gruppen haben sich gebildet, die den Protesten ein neues Gesicht und eine neue Qualität verleihen. Erfreulich ist dabei, dass diesmal die Initiative von der studentischen Jugend ausging. Sie spüren vielleicht am deutlichsten, dass es bei den gegenwärtigen politischen Entscheidungen für oder gegen eine Annäherung an die Europäische Union um ihre Zukunft geht. So bleibt die politische Lage angespannt, denn die Protestaktionen dauern an, und man weiß nicht genau, was der nächste Tag bringen wird.

**POW:** *Wie ist die Situation zu Jahresbeginn 2014 in Lemberg (Lviv)?*

**Mykhaleyko:** Die westukrainische Stadt Lemberg spielte 2004 und spielt auch heute eine wichtige Rolle. In den ersten Tagen nach dem Scheitern der Unterzeichnung des Abkommens demonstrierten hier sogar mehr Menschen gegen die Regierungsentscheidung als in der Hauptstadt Kiew. Als Keimzelle des Protestes sieht die Stadt heute ihre Aufgabe darin, die Proteste in Kiew zu unterstützen, aber auch vor Ort eine wirkungsvolle gesellschaftliche Kraft zu organisieren, die die politischen Prozesse in der Ukraine beeinflussen könnte.

**POW:** *Besteht die Gefahr einer Spaltung des Landes?*

**Mykhaleyko:** Diese Spekulationen werden vor allem von einzelnen radikalen Vertretern aus dem Regierungs- oder Oppositionslager geführt. Sowohl die führenden Oppositionspolitiker als auch die jetzige Regierung verstehen sehr wohl, dass eine Spaltung des Landes zur erheblichen Schwächung beider Teile führen würde. Daher sind nach meiner Ansicht solche Tendenzen als Randerscheinungen zu beurteilen, mit deren Hilfe bestimmte, in Vergessenheit geratene Gruppen oder Einzelpolitiker ihre längst verlorenen Positionen wiedergewinnen wollen.

**POW:** *Wie beurteilen Sie das Agieren von Präsident Viktor Janukowitsch und der Opposition?*

**Mykhaleyko:** Die Verhaltensmuster des Präsidenten und der Opposition verraten nach meiner Meinung immer deutlicher, dass ihre Handlungen zu sehr von den Anfang 2015 stattfindenden Präsidentenwahlen bestimmt werden. Während die Oppositionsparteien sich immer deutlicher von ihren politischen Interessen leiten lassen, fordern viele Vertreter der Zivilgesellschaft umfassende Reformen und nicht einen bloßen Machtwechsel, der die Gesamtsituation im Land kaum zu ändern vermag. Hinzu kommt auch die Tatsache, dass die dreiköpfige Oppositionsführung – Vitalij Klitschko, Arsenij Jatsenyuk und Oleh Tyahnybok – mit jeweils eigenen Vorstellungen für die Zukunft der Ukraine in sich ein Konfliktpotenzial birgt, das früher oder später zu heftigen inneroppositionellen Diskussionen führen könnte. Das primäre Interesse des amtierenden Präsidenten Janukowitsch besteht in der Zementierung seiner eigenen Positionen, die ihm Anfang 2015 den Sieg bei den Präsidentenwahlen garantieren könnten. Da die Mehrheit seiner Wähler sich eine weitere Annäherung an Russland wünscht, muss er dieser Tatsache Rechnung tragen. Vor diesem komplizierten Hintergrund sind momentan noch keine Auswege aus der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Krise gefunden worden.

**POW:** *Kardinal Lubomyr Husar, früheres Oberhaupt der Griechisch-Katholischen Kirche in der Ukraine, trat bei einer Kundgebung in Kiew auf. Welche Rolle nehmen die Kirchen und kirchliche Gruppen bei den Protesten ein?*

**Mykhaleyko:** Es lässt sich ein deutlicher Unterschied zu den ersten Protesten 2004 erkennen. Damals waren die Kirchen in zwei Lager – das pro-westliche und das pro-russische – getrennt. Bemerkenswert ist in der gegenwärtigen Situation, dass die Kirchen diesmal darum bemüht sind, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Eine wichtige institutionelle Rolle spielt dabei der Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen, der in den vergangenen Jahren immer stärker als Sprachrohr der Kirchen in den Beziehungen zum Staat wahrgenommen wird. Bereits Anfang 2013 unterstützte der Rat die europäischen Bestrebungen der Ukrainer. Unmittelbar nach dem Ausbruch der Protestaktionen in Kiew und den anderen Städten rief der Rat am 26. November 2013 alle Beteiligten dazu auf, den friedlichen Charakter der Proteste zu bewahren und jegliche Gewalt zu meiden. Eine weitere Besonderheit des Protests ist, dass die Kirchen eine neue Nähe zueinander erleben. Auf dem Hauptplatz in Kiew befinden sich permanent Priesteramtskandidaten und Geistliche verschiedener Konfessionen. Dort wurde eine provisorische Zelt-Kapelle eingerichtet, in der ununterbrochen miteinander für die Menschen und für die Zukunft des Landes gebetet wird. Viele Priester stellen sich in die Reihen der Demonstranten, sie helfen dort, wo ihre Hilfe notwendig ist. Die um den Platz herum liegenden Kirchen bieten für die Protestierenden rund um die Uhr die Möglichkeit, sich auszuruhen, aufzuwärmen, warme Getränke zu erhalten oder einfach die Handyakkus aufzuladen. Über die konfessionellen Unterschiede hinweg verbindet alle das Gefühl der Solidarität mit den Menschen, denen Menschenrechte, Freiheiten und die Zukunft des Landes nicht egal sind.

**POW:** *Was bedeuten diese Aktivitäten für die Regierung?*

**Mykhaleyko:** Solche kirchlichen Aktivitäten sind für die Regierung ein Dorn im Auge. Am 6. Januar erhielt der griechisch-katholische Großerbischof Sviatoslav Shevchuk einen Brief vom Ministerium für Kultur der Ukraine, dem staatlichen Organ für Religionsangelegenheiten. Das Ministerium warnte den Großerbischof: Falls die Geistlichen mit ihren „gesetzwidrigen“ Aktivitäten auf dem Kiewer Hauptplatz nicht aufhörten, könnte die Tätigkeit der entsprechenden religiösen Organisationen verboten werden. Großerbischof Shevchuk erklärte, dass seine Kirche sich auf diese Weise nicht einschüchtern ließe und weiterhin auf der Seite ihres Volkes stehen werde.

**POW:** *Welche unterschiedlichen Haltungen haben die römisch-katholischen, die griechisch-katholischen und die orthodoxen Christen gegenüber der Politik Russlands?*

**Mykhaleyko:** Die historisch bedingte Vielfalt der Kirchen in der Ukraine lässt es nicht zu, von einem kirchlichen Engagement im Singular zu sprechen. Die größten Konfessionen in der Ukraine bilden die orthodoxen Kirchen, die in drei selbständige Jurisdiktionen aufgespaltet sind: die Ukrainische Orthodoxe Kirche unter der Obhut des Patriarchats von Moskau, die Ukrainische Orthodoxe Kirche Kiewer Patriarchat und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche. Die katholische Kirche setzt sich aus zwei katholischen Ostkirchen – der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche und der Griechisch-Katholischen Diözese Mukachevo – sowie der Römisch-Katholischen Kirche in der Ukraine zusammen. Die ukrainische konfessionelle Landschaft ist uneinheitlich, und so unterschiedlich fallen die Positionen ihrer Mitglieder aus. Trotz der bemerkenswerten Einstimmigkeit in der Beurteilung der politischen Situation seitens der offiziellen Kirchen sind natürlich unter ihren Mitgliedern verschiedene politische Sympathien zu finden. Die Tendenz bleibt mehr oder weniger konstant: Die Mehrheit der Westukrainer, von denen die meisten der griechisch-katholischen Konfession angehören, und zunehmend die zentralukrainischen Gebiete sind seit jeher pro-westlich, die Ost- und Südukraine mehr pro-russisch orientiert.

**POW:** *Sehen Sie die Ukraine als Teil Europas?*

**Mykhaleyko:** Die Ukraine versteht sich unmissverständlich als Teil Europas, mit dem sie seit mehr als tausend Jahren die christlichen Wurzeln verbindet. Natürlich gab es historisch gesehen verschiedene Entwicklungen und Prägungen in der Ukraine. Die soziologischen Untersuchungen der vergangenen Jahre machen dennoch klar, dass das Bewusstsein ständig wächst, zur europäischen Völkergemeinschaft dazuzugehören.

**POW:** *Was erwarten Sie von der EU und besonders von Deutschland im aktuellen Konflikt?*

**Mykhaleyko:** Von der EU und Deutschland erwarte ich persönlich Solidarität. Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht das Gefühl verlieren, dass sie trotz der gegenwärtigen politischen Konstellation hier in Europa willkommen sind. Es ist deshalb wichtig, dass die EU und Deutschland weiterhin Zeichen setzen und auf diese Weise die Menschen unterstützen, die ihre Zukunft im vereinten Europa sehen.

**POW:** *Was erhoffen Sie sich für Ihr Land für das Jahr 2014?*

**Mykhaleyko:** Es ist noch zu früh zu urteilen, wie sich die Situation in der Ukraine weiterentwickeln wird, eines ist aber schon jetzt klar geworden: Die gegenwärtige Protestbewegung bietet eine neue Qualität. Die Menschen stehen für bestimmte Prinzipien, die ihre Zukunft zum Besseren verändern sollen. Sie stehen für eine neue Ukraine. Ich wünsche mir sehr, dass die neu entdeckte zwischenmenschliche Solidarität in diesem Jahr nicht erlischt, sondern sich weiter entfaltet, und dass die Menschen in der Ukraine ihrem Traum von der besseren Zukunft ein Stück näher kommen werden.



*Bischof Bohdan Dziourach  
der Griechisch-Katholischen Kirche  
der Ukraine*

*Sekretär der Synode der Bischöfe der UGKK*



# In Westeuropa für das ukrainische Volk beten

aus der homepage der Ukrainisch Griechisch-katholische Kirche (UGCC) vom 11.12.2013 (automatisch übersetzt)

Es wird nicht nur in den Kirchen und Häusern der Ukraine um Gottes Hilfe gebetet sondern auch weit darüber hinaus. Die Bischofssynode der UGCC erhielt Briefe mit Worten der Unterstützung und Zusicherungen von Gebeten von Christen aus westeuropäischen Ländern,

Erwähnen möchten wir Worte der Solidarität, die vom Erzbischof-Primas der episkopalen Konferenz Polens Josef Mihalika kamen.

Heute erhielt ich einen Brief mit Zusicherungen der frommen Unterstützung des Klerus und der Gläubigen der katholischen Kirche in Deutschland und Österreich.

Insbesondere Pater Joseph Kamplatter, ehemaliger Protoigumen der Wiener Provinz des Ordens der katholischen Kirche schreibt in seinem Brief an den Generalsekretär der Bischofssynode der UGCC, Bischof Bohdan: „In diesen schwierigen Tagen für Ihr Land und Volk und mit Sicherheit auch für die Kirche sind wir mit unseren Gedanken und Gebeten mit Ihnen. Wir beten mit Ihnen und für Sie, dass für Ihr Land nach Gefangenschaft und Sklaverei ein friedliches Zusammenleben erreicht wird, so wie es der späte Nelson Mandela möglich gemacht hat. Wir wünschen Ihnen viel Kraft des Geistes und die Segnungen Gottes, für eine gute Entwicklung für alle Menschen in der Ukraine.“

„Wir beten mit Ihnen allen für ein happy end“ sagt die Sprecherin des gemeinnützigen Fonds aus Bayern, Frau Birgit Weber.

„Wir stehen in Solidarität mit den Menschen und der Kirche in der Ukraine. Wir verfolgen die Entwicklung mit Angst und unsere Gedanken sind bei Ihnen und Ihren vertrauenswürdigen Gläubigen. Wir beten für Euch alle und hoffen gemeinsam mit Ihnen für eine bessere Zukunft.“ **Zitat aus einem Brief des Priesters Rolf Glaser, Pfarrer der Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Frankfurt am Main.**

Der Sekretär der Synode der Bischöfe der UGCC dankte den Katholiken in Westeuropa für ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung und ihre Hoffnung für eine friedliche Beilegung der Krise: „Es ist auch unser Gebet und Flehen zu dem Herrn“ sagt Bischof Bohdan.



***Dr. Andriy Mykhaleyko, griechisch-katholischer Priester, ist Dozent für Kirchengeschichte an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lemberg/Ukraine. Zurzeit habilitiert er an der KU Eichstätt-Ingolstadt und ist außerordentlicher Spiritual im Collegium Orientale Eichstätt.***

# **Ukrainische Kirchen auf den Barrikaden**

## **Zur gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Rolle der Kirchen in der Ukraine**

### **von Andriy Mykhaleyko (Lviv/Eichstätt)**

Seit mehr als einigen Wochen protestieren viele Menschen in der Ukraine gegen die Entscheidung der Regierung und des Präsidenten, die Unterzeichnung des seit langer Zeit geplanten Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union zu verschieben. Die Proteste setzten ein, nachdem offiziell erklärt worden war, dass die wirtschaftliche Situation in der Ukraine angeblich noch nicht erlaube, eine Öffnung und Annäherung an die EU zu wagen. Die Massendemonstrationen wurden wegen der Ereignisse in der Hauptstadt Kiew in der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember 2013 verstärkt. In jener Nacht haben Spezialeinheiten der ukrainischen Polizei „Berkut“ gegen 4.00 Uhr auf eine bislang noch nie zuvor gegebene Weise die auf dem Hauptplatz Kiews „Maidan“ demonstrierende Menschen, vor allem die studentische Jugend, brutal verprügelt und auseinander getrieben. Die erschreckenden Bilder der Gewaltanwendung gegen die friedlichen Demonstranten lösten die seit 2004 größte Welle des Protestes aus.

Vergleicht man die gegenwärtigen Proteste mit der „Orangen Revolution“ 2004, die sich gegen die massiven Wahlfälschungen richtete, kann man schon jetzt eine deutliche Akzentverschiebung erkennen. Während die Menschen damals eher auf eine bestimmte Gruppe von Oppositionspolitikern mit dem späteren Präsidenten Viktor Juschtschenko (2005-2010) an der Spitze setzten, protestieren sie heute vor allem für ihre Rechte, Freiheiten und Menschenwürde und nicht zuletzt für die Idee einer europäischen Ukraine.

In diesen Tagen macht sich auch die Aktivität der ukrainischen Kirchen bemerkbar. Es ist nicht verwunderlich, dass die Kirchen in solchen Krisensituationen ihre Stimme erheben, denn seit Jahren zeigen die Umfragen, dass sie in ihrem Ansehen gegenüber den staatlichen und anderen gesellschaftlichen Instituten weit überlegen sind. Eine der letzten soziologischen Befragungen vom 11. Februar 2013 bestätigt diesen status quo. Danach vertrauen den Kirchen 66,5% der Befragten.

[http://www.irs.in.ua/index.php?option=com\\_content&view=article&id=1179%3A1&catid=34%3Aua&Itemid=61&lang=uk](http://www.irs.in.ua/index.php?option=com_content&view=article&id=1179%3A1&catid=34%3Aua&Itemid=61&lang=uk)

Das hohe Vertrauen ist unter anderem dadurch begründet, dass es der politischen Elite, die in den letzten zwei Jahrzehnten an der Macht war, bis jetzt nicht gelungen ist, glaubwürdige und vor allem zukunftsfähige Entwicklungsperspektiven für die Ukraine zu entwerfen und wirksam umzusetzen. Wegen des permanenten Scheiterns der politischen Systeme und deren Unfähigkeit, eine dauerhafte Stabilität zu gewährleisten, werden die Kirchen als Institutionen angesehen, auf die man sich

stützen kann. So ist die Kirche, besonders in den letzten Jahren, zu einem wichtigen Subjekt des gesellschaftspolitischen Lebens in der Ukraine geworden.

Die historisch bedingte Vielfalt der Kirchen in der Ukraine lässt es aber nicht zu, von einem kirchlichen Engagement im Singular zu sprechen. Die Kirchen stellen in den Beziehungen zum Staat keinen einheitlichen Organismus dar, sondern sind in verschiedene Konfessionen aufgeteilt. Die größte Gruppe unter ihnen bilden die orthodoxen Kirchen, die in drei selbständige Jurisdiktionen aufgespaltet sind: die Ukrainische Orthodoxe Kirche unter der Obhut des Patriarchats von Moskau (UOK MP), die Ukrainische Orthodoxe Kirche Kiewer Patriarchat (UOK KP) und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche (UAOK). Die katholische Kirche setzt sich aus zwei katholischen Ostkirchen, die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) und die Griechisch-Katholische Diözese Mukachevo, sowie der römisch-katholischen Kirche in der Ukraine zusammen. Hinzu kommen unterschiedlich große Denominationen der evangelischen und evangelikalen Kirchen und Kirchengemeinschaften.

So uneinheitlich die ukrainische konfessionelle Landschaft ist, so unterschiedlich fielen auch die kirchlichen Positionen während der „Orangen Revolution“ 2004 aus. Das kirchliche Verhalten bestimmten damals vor allem die politischen Sympathien der Mehrheit ihrer Mitglieder, die jeweils in zwei unversöhnte Lager – den pro-westlichen und den pro-russischen getrennt waren. Im Allgemeinen unterstützten damals die UGKK und die unabhängige Orthodoxie (UOK KP) die Anhänger von Juschtschenko und die UOK MP seinen Opponenten Viktor Janukovytsch.

### **Viele Kirchen – eine Stimme**

Seit dem Anfang der gegenwärtigen politischen Krise lässt sich wieder ein erhöhtes kirchliches Engagement beobachten. In den Medien findet man eine Flut von kirchlichen Stellungnahmen zur gesellschaftspolitischen Situation im Land.

Bemerkenswert ist zunächst die Tatsache, dass die Kirchen im Vergleich zu 2004 darum bemüht sind, mit einer gemeinsamen Stimme zu sprechen. Eine wichtige institutionelle Rolle spielt dabei der Allukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen, der in den letzten Jahren immer stärker als Sprachrohr der Kirchen und der religiösen Organisationen in den Beziehungen zum Staat wahrgenommen wird. Dem im Jahre 1996 gegründeten Rat, dessen Hauptaufgaben in der Förderung des interkonfessionellen Dialogs und der Zusammenarbeit mit dem Staat bezüglich der Erarbeitung der Rechtsnormen in den Kirche-Staat-Beziehungen bestehen, gehören alle bedeutenden religiösen Gruppen der Ukraine an.

Bereits Anfang des Jahres unterstützte der Rat die europäischen Bestrebungen der Ukrainer. Im Communiqué nach dem Besuch der Delegation des Rates in Brüssel am 6.-7. März 2013 und den dort stattgefundenen Begegnungen mit den Vertretern der EU sprach er den Bemühungen der Ukraine und der europäischen Institutionen

bezüglich der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und der EU sowie der Arbeit der ukrainischen Staatsregierung an der Vorbereitung des Assoziierungsabkommens mit der EU seine Unterstützung aus.

[http://vrciro.org.ua/index.php?option=com\\_content&task=view&id=205&Itemid=31](http://vrciro.org.ua/index.php?option=com_content&task=view&id=205&Itemid=31)).

Unmittelbar nach dem Ausbruch der Protestaktionen in Kiew und den anderen Städten erhob der Rat am 26. November 2013 seine Stimme und rief alle Beteiligten dazu auf, den friedlichen Charakter der Proteste zu bewahren und jegliche Gewaltanwendung zu meiden. Dem Rat zufolge hätten die verantwortlichen Rechtsorgane die in der Verfassung verankerten Rechte der Bürger auf friedliche Zusammenkünfte und die Vertretung der eigenen Positionen fördern sollen. Wie in jeder zivilisierten Gesellschaft solle man lernen, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten mit Hilfe des Dialogs zu klären. Jegliche Radikalisierung der Proteste oder Machtauseinandersetzungen würden der Gesellschaft und den nationalen Interessen der Ukraine nur Schaden zufügen.

[http://vrciro.org.ua/index.php?option=com\\_content&task=view&id=209&Itemid=35](http://vrciro.org.ua/index.php?option=com_content&task=view&id=209&Itemid=35)).

Nochmals wandte sich der Rat zwei Wochen später, am 10. Dezember, nachdem die Proteste in Folge der Nachtereignisse vom 30. November auf den 1. Dezember zu eskalieren drohten, an die Mitglieder der verschiedenen Religionen und Konfessionen mit einem Aufruf zum Gebet für den Frieden und die Verständigung. Er verurteilte die Gewaltausbrüche sowohl gegen die friedlichen Demonstranten und Journalisten als auch gegen die Sicherheitskräfte. Die Regierung sollte – so der Rat – aber die Forderungen der Protestierenden ernstnehmen und eine unvoreingenommene Untersuchung der Provokationen durchführen. Nur im Dialog zwischen Regierung und Opposition sei es möglich, einen Weg aus der vorhandenen Krise zu finden. Unterschrieben wurde dieses Schreiben, stellvertretend für alle Mitglieder des Rates, vom Metropoliten Volodymyr Sabodan (UOK MP), dem gegenwärtigen Vorsitzenden des Rates.

[http://vrciro.org.ua/index.php?option=com\\_content&task=view&id=211&Itemid=1](http://vrciro.org.ua/index.php?option=com_content&task=view&id=211&Itemid=1)

### **Die Stimmen verschiedener Kirchen**

Neben der gemeinsamen Position des Allukrainischen Rates gibt es eine große Anzahl von offiziellen und privaten Stellungnahmen einzelner Konfessionen und ihrer Vertreter. Bei der vorläufigen Analyse ihrer Standpunkte ist auffällig, dass die meisten Kirchen im Vergleich zu 2004 in ihren Äußerungen zu den politischen Parteien – sei es in der Regierung oder im oppositionellen Lager – eine gewisse Distanz halten. Man hat aus der Erfahrung von 2004 gelernt: Eine oberflächliche Aufteilung der politischen Bühne in „gute“ Opposition und „böse“ Regierung und zu offensichtliche Solidarisierung mit nur einer politischen Gruppe wäre für sie zu riskant. Diese Erfahrung wurde beispielsweise für die UOK MP sehr lehrreich, als sie nach 2004 plötzlich auf der Seite der Verlierer stand. Die Positionen der Kirchen

richten sich deshalb auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft, die auf den Straßen um ihre Rechte ringt.

Auffallend ist zunächst die Einstimmigkeit in der Charakterisierung der Nacht ereignisse vom 30. November auf den 1. Dezember. Beinahe jede Kirche verurteilte offiziell die Gewaltanwendung seitens der Regierung gegenüber den friedlichen Demonstranten auf dem Maidan (dem Unabhängigkeitsplatz) in Kiew. Hier seien nur einige Stellungnahmen und Urteile zusammengefasst. Neben den traditionellen Kirchen wie UOK MP, UOK KP, UAOK, UGKK verurteilte die Bischofskonferenz der Römisch-Katholischen Kirche in der Ukraine die „ungerechtfertigte und brutale Gewalt seitens der Sicherheitskräfte gegen die friedlichen Demonstranten“.

Die Bruderschaft der Unabhängigen Kirchen und Missionen der Evangelischen Christen-Baptisten der Ukraine unterstrich, dass es „keine Rechtfertigung für jene gibt, die den Befehl erteilt und die ihn ausgeführt haben“. Die Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche der Ukraine rief zur „objektiven Untersuchung der Situation auf ... Alle ukrainischen Bürger sollen alle Bemühungen für die friedliche Lösung des vorhandenen Konflikts und für den Sieg der Gerechtigkeit einsetzen“. Bischof Serhij Baljuk von der Vereinigten Christlich-Evangelischen Kirche des Lebendigen Gottes in der Ukraine äußerte sich zur Absetzung des Präsidenten, des Premierministers und des Ministers für innere Angelegenheiten: „Die Ukraine ist anders geworden. Wenn wir einfach die Augen schließen, wartet auf uns die Diktatur. Dagegen muss man kämpfen und darf darüber nicht schweigen...“

Der offiziellen kirchlichen Kritik schlossen sich einige kirchliche Organisationen und ihre Vertreter an. So z.B. Archimandrit Viktor Bed, Rektor der Uzhhoroder Ukrainischen Theologischen Akademie und Bevollmächtigter für die Fragen der Hochschulausbildung der UOK MP. In seiner Erklärung kritisierte er aufs Schärfste die „antikonstitutionellen Handlungen der Staatsregierung“. Die gewaltsame nächtliche Auflösung des Maidans bezeichnete er als „blutbefleckter Samstag“. „In der ersten Woche der Weihnachtsfastenzeit wurden wir anstatt der Reue, der gegenseitigen Versöhnung und der Liebe in Christus zu Zeugen des Stolzes und der menschlichen Gleichgültigkeit“. Die Leitung der Ukrainischen Katholischen Universität in Lviv (Lemberg) protestierte gegen gewalttätige Unterdrückung des Euromaidans in Kiew und appellierte an die anderen akademischen Einrichtungen in der Ukraine, „sich für den Schutz der ukrainischen studentischen Jugend einzusetzen“.

<http://www.religion.in.ua/news/vazhlivo/24129-predstoyateli-ta-duxovenstvo-ukrayinskix-cerkov-zasudzhuyut-krivavij-rozgin-mirnix-demonstrantiv-u-kiyevi.html>

Bei diesen Erklärungen blieb es aber nicht. Auch in den nächsten Wochen und bis heute verfolgen die Kirchen die politische Situation und setzen permanent die ihnen vorhandenen Mittel ein, um weitere Gewaltausbrüche zu verhindern. So ergriffen die

Vorsteher der größeren Kirchen am 12. Dezember beim runden Tisch mit dem Präsidenten und der Opposition die Gelegenheit, die kirchlichen Positionen zur Krise und zu möglichen Auswegen aus ihr zu artikulieren. Sie warnten unmissverständlich vor der Vertiefung der Krise, wenn in absehbarer Zeit nichts unternommen werde. Patriarch Filaret (UOK KP) unterstrich in seiner Rede an den Präsidenten, man dürfe das Volk nicht betrügen. Die Regierung habe das ganze Jahr die Ukrainer mit dem Versprechen einer europäischen Perspektive „gespeist“ und als es dann so weit war, habe sie das Volk betrogen. Ferner kritisierte er Versuche, die Proteste mit Gewalt zu verbieten: „Mit Gewalt kann man den Maidan nicht auflösen. Wenn man einmal auflöst, kommen am nächsten Sonntag noch mehr Menschen. Noch eine andere Gefahr birgt in sich das Beitreten der Wirtschaftsunion mit Russland. Dann müssen wir mit noch stärkeren Protesten rechnen“.

([http://risu.org.ua/ua/index/all\\_news/state/national\\_religious\\_question/54582/](http://risu.org.ua/ua/index/all_news/state/national_religious_question/54582/))

Mit derselben Kritik wandte sich auch der Großerbischof der UGKK, Sviatoslav Shevchuk, an den Präsidenten. Er betonte, man dürfe mit dem Volk nicht die „Sprache der Kanonen“ sprechen. Wenn der Wunsch vorhanden sei, aus der Krise, die sich heute verschärfte, herauszufinden, solle man auf die europäischen Integrationsbestrebungen der Ukrainer hinhören. Seine Kirche stehe auf der Seite des Volkes, das davon träume, in einer europäischen Ukraine zu leben. Der Vorsteher der UGKK konnte auch das Thema der anwachsenden Unterdrucksetzung der Studierenden, darunter aus der Ukrainischen Katholischen Universität, die sich an den Protesten auf dem Euromaidan beteiligen, nicht außer Acht lassen. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Leitung der Universität am 10. Dezember besorgt die Nachricht verbreitete, dass am Tag vorher Ermittlungsbeamten der Polizei das Dekanat der Fakultät für Geisteswissenschaften aufsuchten und die Liste der Studierenden verlangten, die sich am Euromaidan beteiligten. Einige Studenten wurden auch von Polizeibeamten privat angerufen. Wegen der in der Nacht des 11. Dezembers stattgefundenen erneuten Versuche, die Proteste mit Gewalt aufzulösen, erklärte die Universität außerdem die zivile Gehorsamsverweigerung dem Präsidenten und der Regierung. Während des runden Tisches nutzte Großerbischof Shevchuk daher die Gelegenheit, in Anwesenheit des Präsidenten mit aller Klarheit solche staatliche Einschüchterungsmethoden zu verurteilen und forderte von der Regierung, diese Praxis zu unterbinden. Metropolit Antonij, Vertreter der UOK MP, erklärte seinerseits, dass der Vorsteher seiner Kirche, Metropolit Volodymyr Sabodan, bereit sei, für die Fortführung des Dialogs zwischen Opposition und Regierung die Räume seiner Residenz im Kiewer Höhlenkloster zur Verfügung zu stellen, damit diese „heiligen Wände der Ukraine aus der politischen Krise herausfinden helfen“.

(<http://www.religion.in.ua/news/vazhlivo/24284-iyerarxi-cerkov-zustrilisya-za-kruglim-stolom-z-usima-storonami-politichnogo-konfliktu-v-ukrayini.html>)

## **Das Aneinanderrücken der ukrainischen Kirchen**

Eine weitere Besonderheit des diesjährigen Euromaidans ist auch, dass die Kirchen in diesen Wochen eine neue Nähe zu einander entdecken und erleben, besonders auf der Ebene des Klerus und der kirchlichen Strukturen wie Priesterseminare.

Eine beachtenswerte Resonanz hatte die Erklärung einer Gruppe von Priestern der UOK MP, die sich in einer Erklärung zur Unterstützung des Euromaidans äußerten und darin aufriefen, entsprechend der christlichen Lehre auch die Opponenten auf der anderen Seite der Barrikaden als ihren Nächsten zu begegnen: „Wir sind für die Annäherung mit dem christlichen Europa; mit den europäischen Basiswerten, die in ihrer Grundlage die christlichen sind. Diese sind Wahrheit, Gerechtigkeit, Würde eines jeden Menschen. Wir sind nicht gegen jene, die auf der anderen Seite des Maidans stehen... Wir sind gegen Gesetzlosigkeit und Gewaltanwendung“.

[http://www.religion.in.ua/news/ukrainian\\_news/24259-gruppa-svyashhennikov-upc-mp-podderzhala-evromajdan-i-sostavila-zapovedi-mirnogo-soprotivleniya.html](http://www.religion.in.ua/news/ukrainian_news/24259-gruppa-svyashhennikov-upc-mp-podderzhala-evromajdan-i-sostavila-zapovedi-mirnogo-soprotivleniya.html)).

Auf dem Euromaidan befinden sich permanent Priesteramtskandidaten und Geistliche aus verschiedenen Konfessionen. Dort wurde eine provisorische Zelt-Kapelle eingerichtet, in der unterunterbrochen miteinander für die Menschen und für die Zukunft des Landes gebetet wird. Viele Priester stellen sich in die Reihen der Demonstranten, sie helfen dort, wo ihre Hilfe notwendig ist. Das St.-Michael-Kloster der UOK KP wurde für einige Tage zum Zufluchtort der von den Sicherheitskräften verjagten Demonstranten nach der gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen und Verprügelung der Teilnehmer. Die um den Maidan herum liegenden Kirchen bieten für die Protestierenden rund um die Uhr die Möglichkeiten, sich auszuruhen, aufzuwärmen, warme Getränke zu erhalten oder einfach die Handyakkus aufzuladen. Über die konfessionellen Unterschiede hinweg verbindet alle das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Solidarität mit den Menschen, denen Menschenrechte, Freiheiten und die Zukunft des Landes nicht gleichgültig sind.

## **Niemals ohne Ausnahmen**

Das gegenwärtige Bild wäre aber nicht vollständig, wenn man das Vorhandensein von anderen zum Teil völlig entgegengesetzten und radikalen Positionen unter den Geistlichen verschiedener Konfessionen nicht erwähnen würde. Die radikalen und xenophobischen Aufrufe des griechisch-katholischen Priesters Mykhailo Arsenych gegen die Regierung und den Vertretern anderer Nationen stoßen in den Massenmedien auf ein großes Echo. Dies zwang das Oberhaupt der UGKK, Sviatoslav Shevchuk, dazu, sich von dessen Äußerungen zu distanzieren. In einem offiziellen Schreiben vom 12. Dezember 2013 verurteilten er und Yaakov Dov Bleich, Oberrabbiner von Kiew, die „Ansprache des Priesters Mykhailo Arsenych, die der Mission eines Priesters widerspricht“.



Die Exzesse gab es auch innerhalb der UOK MP. Bekannt für seine prorussische Sympathien und Unterstützung der russischen Organisationen in der Ukraine ist Metropolit Agafangel von Odessa. Er bezeichnete den Euromaidan als einen Ort, an dem sich die „Macht der Hölle konzentriert“. In einer seiner Predigten anlässlich der Verehrung der zur Zeit in seiner Diözese sich befindenden Reliquien des heiligen Georgs des Siegreichen, brachte er die Hoffnung zum Ausdruck, der Herr werde auf die Fürbitten des heiligen Georgs „die Unvernünftigen zur Vernunft und der Gesellschaft den Frieden bringen“. Ferner rief er zum Gebet für den jetzigen Präsidenten auf. Den Metropoliten unterstützte der Sekretär seiner Diözese, Erzpriester Andrej Novikov. Die Ereignisse in der Ukraine charakterisierte er als „Besessenheit und Rebellion, mit dem Ziel, sich der aggressiv-säkularen antichristlichen Zivilisation anzuschließen, deren wichtige treibende Kraft der aggressive Islam ist“.

([http://www.religion.in.ua/news/ukrainian\\_news/24271-odesskij-mitropolit-agafangel-nazval-evromajdan-smutoj-kuda-sobiraetsya-sila-ada.html](http://www.religion.in.ua/news/ukrainian_news/24271-odesskij-mitropolit-agafangel-nazval-evromajdan-smutoj-kuda-sobiraetsya-sila-ada.html))

Für Empörung in den Massenmedien sorgte ebenfalls die Stellungnahme vom Metropolit Pavel Lebid der UOK MP zu den Protestaktionen. Bei einem runden Tisch mit den Vertretern der Regierung bezweifelte er den Altruismus der Jugendlichen. Er glaube nicht, man könne für diese Idee stehen, ohne dafür bezahlt zu werden. Darüber hinaus fragte er mit Ironie: „Was wird diesen Kindern bezahlt?“

### **Ausblick**

Es ist noch zu früh zu urteilen, wie sich die Situation in der Ukraine weiterentwickeln wird, eines ist aber nach den Worten des griechisch-katholischen Bischofs von Paris und den Präsidenten der Ukrainischen Katholischen Universität, Borys Gudziak, klar geworden: Der Euromaidan „hat alle seine Teilnehmer auf ein anderes Niveau erhoben. Heute bietet diese Bewegung eine neue Qualität an. Die Haupteigenschaft, die auf der Ebene der Zivilgesellschaft zu erkennen ist, ist das Gefühl, dass wir für bestimmte Prinzipien stehen. Die Menschen sind auf dem Maidan nicht deswegen, weil sie eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Politiker, sondern die neue Ukraine unterstützen“. So dürfen wir auch im Anschluss daran behaupten, dass die Kirchen ebenfalls eine bislang nicht bekannte Solidarität aufweisen, die ihnen hilft, sowohl ihr gesellschaftliches Potenzial neu zu bestimmen als auch ein neues Zueinander und Miteinander zu finden.